



Die Vorsitzende des
Ausschusses für Frauen, Gleichstellung und
Sicherheit

der Stadtverordnetenversammlung

Amt der Stadtverordnetenversammlung

E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de

Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden

Telefon (0611) 31-3738

Telefax (0611) 31-3902

Sachbearbeiter: Herr Baldus

E-mail: Johannes.Baldus@wiesbaden.de

Wiesbaden, 27.04.2023

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit
am Dienstag, 2. Mai 2023, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 318 (3. Stock), Schlossplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift vom 07.03.2023
2. 23-F-65-0007

Opfer- und Zeugenhilfe Wiesbaden e.V.

- Antrag der Fraktionen CDU, FDP, BLW/ULW/BIG und FW/Pro Auto -

Die Opfer- und Zeugenhilfe Wiesbaden ist ein Verein, der seit 1992 in Wiesbaden tätig ist und Opfer und Zeugen von Straftaten sowie deren Angehörige und Vertrauenspersonen berät und unterstützt. Die Unterstützung erfolgt unabhängig davon, um welche Deliktart es sich handelt und ob die Betroffenen Anzeige erstattet haben. Die völlig unvermittelt von der Straftat betroffenen Opfer, aber auch Angehörige und Zeugen fühlen sich nach der Tat oftmals hilflos und allein gelassen. Sie benötigen Hilfe bei der Verarbeitung der für sie schrecklichen Erfahrungen und Informationen darüber, welche Hilfsmöglichkeiten es für sie gibt.

Darüber hinaus bietet die Opfer- und Zeugenhilfe eine Gerichtsprozessbegleitung an. Der Verein leistet einen positiven Beitrag zum Opferschutz im Strafverfahren selbst und zur Sicherstellung des Opferschutzes auf der Ebene der Beratung und der Betreuung außerhalb des Strafprozesses und hat somit einen hohen sicherheitspolitischen Stellenwert.

Der Ausschuss Frauen, Gleichstellung und Sicherheit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,
die Opfer- und Zeugenhilfe Wiesbaden e.V. in den kommenden Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit einzuladen und dem Verein hier die Möglichkeit zu geben, sich und seine Arbeit zu präsentieren.

3. 23-F-63-0065

Femorial Liste für die OBR

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 26.04.2023 -

Zwar machen Frauen* rund 50% der Bevölkerung aus, jedoch sind sie nach wie vor in der Öffentlichkeit unterrepräsentiert. Deutlich wird dies auch bei der Benennung von Straßen, Plätzen, Wegen, Schulen oder Gebäuden allgemein.

Wenn Frauen*namen nicht auch im öffentlichen Raum stattfinden, wird die Diskriminierung fortgeschrieben. In Wiesbaden gibt es nur rund 50 Straßen, welche nach Frauen benannt sind. Straßen, die Männernamen tragen, gibt es zehnmal häufiger. Das Frauenmuseum hat im Winter 2021/2022 auf diese ungleiche Verteilung mit ihrem "Femorial" aufmerksam gemacht. Hierzu wurden zusätzliche Straßenschilder mit Namen von Frauen* in auffallendem Pink an die vorhandenen angebracht. Im Zuge der Recherche haben die Initiator*innen der "Aktion Femorial" 60 Frauen* entdeckt, die im Laufe ihres Lebens einen wichtigen Bezug und großen Einfluss auf soziale Initiativen und Entwicklungen in Wiesbaden hatten.

Diese Liste kann als Grundlage dafür dienen, dass bei Entscheidungen und Namensgebungen mehr Frauen*namen Verwendung finden.

Der Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. auf die Bedeutung von gleichberechtigter Namensgebung für Straßen, Plätze, Wege, Gebäude etc. in geeigneter Form aufmerksam zu machen.
2. bei den Ortsbeiräten mit einer bereits erstellten Namensliste von -für Wiesbaden- bedeutsamen Frauen, im Rahmen der ihnen übertragenen Rechte zur Straßenbenennung, darauf hinzuwirken, diese bei zukünftigen Namensgebungen bevorzugt zu verwenden. Ziel ist es, die Anzahl an Frauen*namen im Straßenraum zu erhöhen, bis die gleiche Anzahl von Frauen* und Männernamen an Straßen, Wegen, Plätzen, Schulen etc. erreicht ist.
3. Den Ortsbeiräten und Ortsverwaltungen dazu die folgende Namensliste mit den entsprechenden Biographien in Frage kommender Frauen zur Verfügung zu stellen:

Dr. Anna von Doemming, Amely Bölte, Clärenore Stinnes, Ika Freudenberg, Katharina "Käthchen" Paulus, Margarethe Fischer, Josepha Zais, Elisabeth Schwarzhaupt, Emma Granget, Anke Schäfer, Grete Altstadt-Grupp, Hanna Bekker vom Rath, Lotte Bernstein, Sophier Bickel, Ottilie von Bistram, Helen Buchholtz, Lina Carstens, Ida Cohn, Dr. med. Maria Daelen-Strecker, Karin Dor, Mela Escherich, Elise Flindt, Birgit Fresenius, Sophia Goudstikker, Mathilde Grossmann, Gerda Guttenberg,

Sophie Gräfin von Hatzfeldt-Wildenburg, Anneliese Hoevel, Gust Kaiser, Theodore von Knoop, Elly von Kuhlmann, Elke Lang, Louise Langhans-Japha, Luise Adolpha le Beau, Titi Leyendecker, Hedwig Loos, Wilhelmine Magdeburg, Judith Marx, Ester, Regina und Bella Marx, Sabine Möckel, Henny Neu, Else Niemöller, Grete Noetzel, Bertha Olden, Julie von Pfeilschifter, Berta von Preen, Margarethe Raab, Olga Radtke, Charlott Reichardt, Erna Sack, Hedwig Schmitt-Maaß, Monika Scholz, Tony Sender, Simone Signoret, Elisabeth Ritter, Hermine Spies, Adelheid von Stolterfoth, Carmen Sylva, Tony Werntgen, Maria Wilhelmj, Margarethe von Witzleben

4. 23-F-63-0066

Gewährleistung von selbstbestimmter Empfängnisverhütung durch einen Verhütungsmittelfonds
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 26.04.2023 -

Der Zugang zu sicheren und wirkungsvollen Verhütungsmitteln ist elementar bei einer freien Entscheidung im Rahmen der Familienplanung. Die Weltgesundheitsorganisation fordert, finanzielle Barrieren abzuschaffen und Verhütungsmittel für benachteiligte Bevölkerungsgruppen, darunter auch Geringverdiener*innen, erschwinglich zu machen (WHO, Ensuring human rights in the provision of contraceptive information and services, 2014, S. 16). Selbstbestimmte Familienplanung ist ein Menschenrecht.

Wenn Verhütung eine Frage des Geldes wird, trifft das vor allem Frauen*, denn immer noch wird ihnen die Hauptverantwortung für Verhütung zugesprochen. Mehrere Studien zeigen, dass für finanziell schlechter gestellte Frauen* in Deutschland die selbstbestimmte Wahl einer individuell passenden und sicheren Verhütung erschwert ist.

So ergab die von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung in Auftrag gegebene Studie, "Familienplanung in Hessen - Sonderauswertung von frauen leben 3 - Familienplanung im Lebenslauf von Frauen", dass 37,3% der Frauen, die zum Befragungszeitpunkt staatliche Unterstützungsleistungen bezogen haben, schon einmal aus Kostengründen auf die Pille oder die Spirale verzichtet haben. Bei Frauen, die ihre aktuelle finanzielle Lage als (sehr) gut beurteilen, liegt der Anteil hingegen nur bei 5,2 %. Damit haben finanziell schlechter gestellte Frauen ein erhöhtes Risiko einer ungewollten Schwangerschaft. In der Studie wird im Kapitel zum Verhütungsverhalten geschlussfolgert: "Programme zur kostenfreien Abgabe von Verhütungsmitteln sind damit eine wichtige Maßnahme, sowohl um einen Zugang zur Verhütung der Wahl zu ermöglichen als auch im Zusammenhang mit der Prävention unbeabsichtigter bzw. ungewollter Schwangerschaften." (S.39)

In der Landeshauptstadt Wiesbaden gibt es bislang keinen Verhütungsmittelfonds. Angelehnt an die Erfahrungen anderer Kommunen, könnte über Beratungsstellen, zum Beispiel von pro familia, ein Antrag auf finanzielle Unterstützung für ärztlich verordnete Verhütungsmittel (beispielsweise das Einsetzen der Spirale, eine Sterilisation, eine Vasektomie) gestellt werden. Bei der Einführung eines Verhütungsmittelfonds kann Wiesbaden von den umliegenden Kommunen, Kreisen und Landkreisen lernen und von den Erfahrungen profitieren. Außerdem sollten die Erfahrungen und Erkenntnisse von Initiativen und Vereinen wie "pro familia" oder "Donum Vitae" bei der Erstellung eines eigenen Konzeptes berücksichtigt werden. Daher möge der Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. sich über die gemachten Erfahrungen anderer Kommunen (z.B. Gießen, Darmstadt, Frankfurt, Landkreis Hersfeld-Rotenburg, Rheingau-Taunus- Kreis, Marburg und Landkreis Marburg-Biedenkopf, Rheingau-Taunus-Kreis, Limburg, Wetteraukreis) mit diesen und den dortigen Akteur*innen auszutauschen, um Erkenntnisse für die LHW zu gewinnen.

2. Ein Konzept vorzulegen, welches eine niedrigschwellige Antragstellung zur Unterstützung oder Bezuschussung für Verhütungsmittel aus einem Verhütungsmittelfonds für Bezieher*innen von Leistungen nach SGB II, XII oder AsylbLG sowie Bezieher*innen von BAföG und Berufsausbildungsbeihilfe mit Wohnsitz in Wiesbaden ermöglicht.
3. bis zur Ausschusssitzung im September 2023 neben der Vorstellung des Konzeptes auch gleichzeitig die Kosten für die Einführung und Umsetzung des Verhütungsmittelfonds zu benennen und als weiteren Bedarf zu den HH-Beratungen anzumelden.

5. 23-F-63-0067

Adoptionsrecht für alle - Vorfälle im Gesundheitsamt
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, die Linke und Volt vom 26.04.2023 -

Resolution: Adoptionsrecht für alle

In den letzten Monaten kam es in Wiesbaden zu Verstößen gegen das Adoptionsrecht, welche nun presseöffentlich wurden. Die Presse berichtete von diskriminierendem Umgang durch die Amtsärzt*innen mit gleichgeschlechtlichen Paaren, welche ein Kind adoptieren wollten. Diskriminierendes Handeln ist grundsätzlich nicht hinnehmbar, schon gar nicht durch Beschäftigte der Stadt Wiesbaden, die Teil der exekutiven Staatsgewalt sind. Die bekannt gewordenen Vorfälle müssen vollumfänglich aufgeklärt und ggf. disziplinarrechtlich verfolgt werden.

Der Magistrat muss sicherstellen, dass zukünftig ein solches Fehlverhalten städtischer Mitarbeiter*innen nicht mehr möglich ist.

Der Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit verurteilt die Geschehnisse und setzt sich für eine lückenlose Aufklärung der Vorfälle ein. Jegliche Form von diskriminierendem Verhalten wird in Wiesbaden nicht toleriert und darf sich nicht wiederholen!

6. 22-F-05-0012

Sachstandsbericht Schwangerschaftskonfliktberatung/Schwangerschaftsabbruch
- Antrag der Fraktion FDP vom 23.11.2022 -

ANLAGE:

Protokollnotiz Nr. 0035 der Sitzung des Ausschusses für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit vom 07.03.2023

7. 22-A-78-0002

Aktueller Bericht zu Stromengpässen und Gasmangellage

8. 21-A-78-0001

Aktueller Bericht aus dem kommunalen Frauenreferat

9. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 22-F-63-0043

DL 09/23-1

Die „Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene“
- Antrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 18.05.2022 -

2. 22-F-63-0055

Gleichstellungsgrundsatz in Wiesbadener Frei- und Hallenbädern
- Antrag der Fraktionen Volt, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Die Linke vom 22.06.2022 -

ANLAGE: Bericht von Dezernat I vom 31.03.2023

3. 23-F-69-0015

Betrugsversuche gegenüber Seniorinnen und Senioren
- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 01.03.2023 -

ANLAGE: Bericht von Dezernat II vom 14.04.2023

4. 23-V-37-0001

Bauliche und organisatorische KatS Leuchttürme

- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich am 02.05.2023 -

5. 23-V-31-0005

DL 10/23-3 NÖ

Waffenbericht 2022

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Coigné,
Vorsitzende